

Metallkonjunktur im Februar 2010 Tarifvertrag sichert Beschäftigung

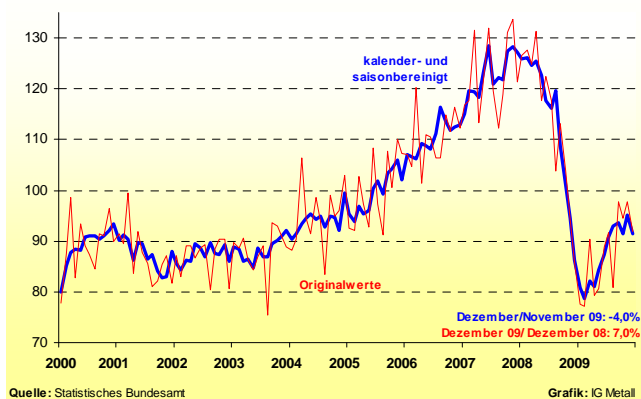
Die wirtschaftliche Situation in der M+E-Industrie bleibt angespannt. Zuletzt waren im Dezember Auftragseingänge und Produktion sogar wieder schwächer geworden. Der Weg aus der Krise bleibt mühselig und lang. Der krisenbedingte Produktionseinbruch hat sich erst zu einem kleinen Teil in Beschäftigungsabbau niedergeschlagen. Instrumente wie Kurzarbeit haben Beschäftigung gesichert. Mit weiter andauernder Krise sind viele Arbeitsplätze bedroht. Der Tarifabschluss schafft die Basis, weiter Beschäftigung in den Betrieben zu halten. Das ist ökonomisch sinnvoll.

Bestellungen – zäher Anstieg

Wie stark die Wirtschaftskrise der deutschen Metall- und Elektroindustrie zu schaffen macht, zeigt sich an der Entwicklung der Bestellungen. Nach dem Rückgang in 2008 (-6,8%) brachen die Auftragseingänge im letzten Jahr um ein weiteres Viertel (-23,4%) ein. Der Tiefpunkt bei den Aufträgen lag im Februar, danach konnte zumindest der freie Fall gebremst werden. Der Aufwärtstrend erfolgte allerdings von einem extrem niedrigem Niveau. Zum Jahresende stagnierten die Bestellungen sogar wieder. Der Umfang der Bestellungen bewegt sich zur Zeit auf dem Niveau des Jahres 2004.

Auftragseingang in der Metall- und Elektroindustrie

Index: 2005 = 100



Die stärksten Rückgänge bei den Bestellungen innerhalb der Metall- und Elektroindustrie mussten in 2009 der **Maschinenbau** (-37,2%), die **Herstellung elektrischer Ausrüstungen** (-27,4%) und die **Herstellung von Metallerzeugnissen** (-24,6%) hinnehmen.

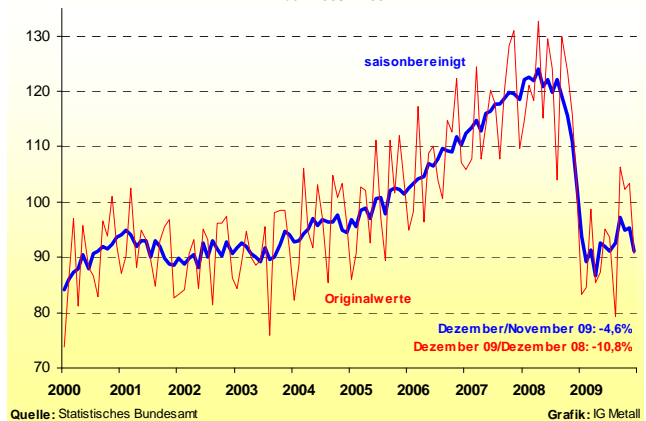
Ein weiter Weg aus der Krise

Das Produktionsniveau der Metall- und Elektroindustrie lag 2009 22,4 Prozent unter Vorjahresniveau und damit dem bisherigen Rekordwert im Jahr 2008. In den meisten M+E-Branchen hatte die Produktion im Frühjahr ihren Tiefpunkt. Seither kann zwar von einer Sta-

bilisierung auf extrem niedrigen Niveau gesprochen werden. Zum Jahresende allerdings gab es erneute Ermüdungserscheinungen und die Produktion fiel wieder fast auf ihren Tiefpunkt zurück.

Produktion in der Metall- und Elektroindustrie

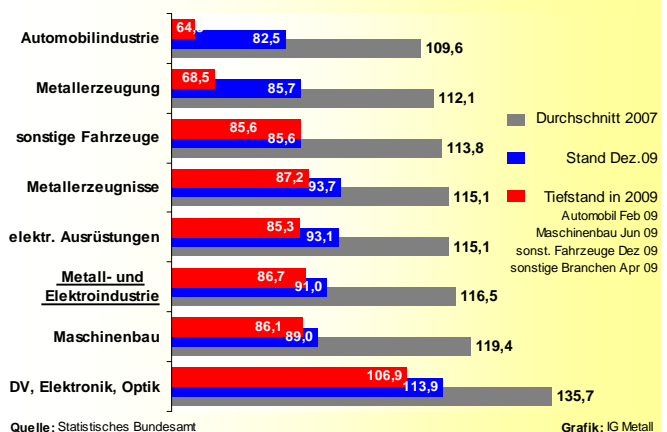
Index: 2005 = 100



Alle Hauptbranchen der M+E-Industrie sind von diesen Produktionsrückgängen betroffen, besonders stark die Metallerzeugung und der Maschinenbau.

M+E-Produktionsentwicklung

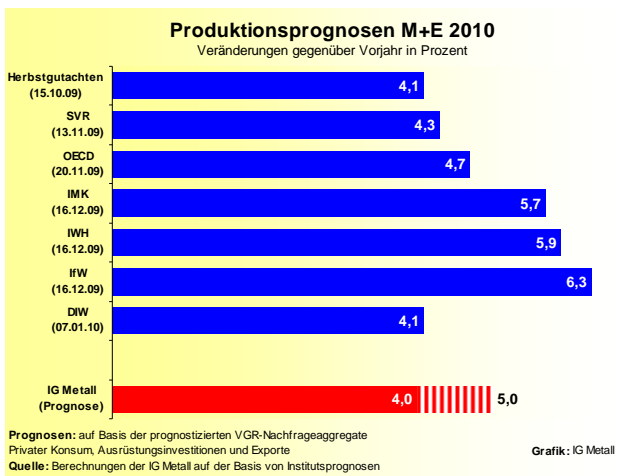
Index: 2005 = 100



Angesichts der schwachen Produktion ist die Auslastung der Kapazitäten weiterhin sehr schlecht. Im ersten Vierteljahr 2010 lag sie bei 73 Prozent, 2007 lag sie noch bei 90 Prozent. Allerdings steigt die Kapazitätsauslastung seit drei Quartalen in Folge wieder leicht an.

M+E-Wachstumsperspektive 2010

Im laufenden Jahr wird die Wirtschaft wieder wachsen. Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Prognosen für 2010 reichen von 1,2 bis 2,3 Prozent. Hieraus abgeleitet ergeben sich für die Metall- und Elektroindustrie Produktionsprognosen von 4,1 (DIW) bis 6,3 (IfW) Prozent. Die IG Metall hält ein Wachstum von etwa fünf Prozent für wahrscheinlich. Selbst bei solchen Wachstumsraten wird es in der Metall- und Elektroindustrie allerdings noch Jahre dauern bis das Vorkrisenniveau wieder erreicht ist.

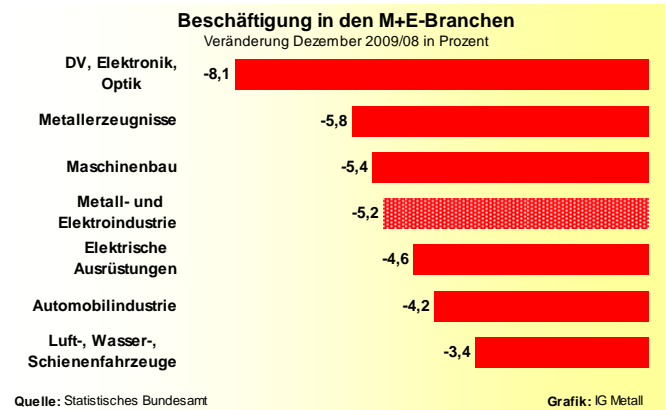


Kurzarbeit sichert Arbeitsplätze

Der Beschäftigungsabbau im Dezember 2009 gegenüber Dezember 2008 (-191.000 bzw. -5,2%) vollzieht sich zeitverzögert und deutlich langsamer als die Rückgänge des Produktionsvolumens (-10,8%) dies erwarten lassen. Dafür gibt es gute Gründe. Einerseits reagieren Arbeitsmärkte zeitverzögert auf konjunkturelle Entwicklungen, andererseits haben betriebliche und arbeitsmarktpolitische Instrumente ihre Wirkung und Leistungsfähigkeit bewiesen. Massive Einbrüche bei der Beschäftigung konnten durch die Leerung von Arbeitszeitkonten, den Abbau von Überstunden, den umfangreichen Einsatz von Kurzarbeit sowie durch tarifliche und betriebliche Beschäftigungssicherungsvereinbarungen verhindert werden. Mehr als 200.000 Arbeitsplätze wurden dadurch gesichert.

Doch nun stoßen diese Instrumente an ihre Grenzen. Teilweise – wie beim Abbau der Arbeitszeitkonten – waren es Einmaleffekte, teilweise – wie bei der gesetzlichen Kurzarbeit – sind sie für Unternehmen finanziell nicht mehr zu verkraften. Doch die Entlastungseffekte werden weiter dringend gebraucht, wenn es nicht in den nächsten Monaten massenhaft zum Abbau von Beschäftigung kommen soll. Das erwartete Wachstum reicht nicht aus, um weiteren Personalabbau zu verhindern. Bei einer schwachen Wirtschaftsentwicklung

in den nächsten Jahren sind bis zu 700.000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektroindustrie bedroht.



Tarifabschluss stabilisiert Konjunktur und Arbeitsplätze

An dieser Stelle setzt der Tarifabschluss an. Ab dem 13. Monat kann Kurzarbeit über eine Betriebsvereinbarung für die Unternehmen noch attraktiver werden. Jahressonderzahlungen, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, werden dann nicht mehr direkt ausgezahlt, sondern auf die Monatsentgelte umgelegt. Dadurch haben die Beschäftigten zwar leichte Einbußen beim Direktentgelt, aber das Kurzarbeitsgeld wird dadurch höher. Die Unternehmen werden auf diese Weise von einem Teil der mit den Sonderzahlungen verbundenen Remanenzkosten entlastet. Das verschafft ihnen finanzielle Spielräume in der zur Zeit schwierigen Liquiditätssituation. Ab dem 19. Monat kann das neue tarifliche Instrument „Kurzarbeit mit Teilentgeltausgleich“ eingesetzt werden. Damit kann die Arbeitszeit auf bis zu 26 Wochenstunden mit einem Teilentgeltausgleich abgesenkt werden. Beide Instrumente dienen der Beschäftigungssicherung, um möglichst ohne Entlassungen durch die Krise zu kommen. Hinzu kommt, dass die vereinbarten Lohnerhöhungen für eine Stabilisierung der Kaufkraft und damit der Konsumnachfrage sorgen.

Das Ganze funktioniert allerdings nur, wenn die öffentliche Hand mitspielt. Die Regelungen zur Verringerung der Remanenzkosten müssen mitgetragen werden, die Entgeltsicherung bei tariflicher Kurzarbeit muss von den Sozialabgaben befreit werden. Damit würden sich Unternehmen, Beschäftigte und Bundesagentur für Arbeit die Kosten der Beschäftigungssicherung teilen.

Das hat Kritiker auf den Plan gerufen, die von einer Vereinbarung auf Kosten Dritter sprechen. Die Tarifvertragsparteien würden die Kosten auf die Gesellschaft abwälzen. Doch das Gegenteil trifft zu: Denn nichts ist so teuer für die Allgemeinheit wie Arbeitslosigkeit. Die vereinbarten Instrumente zur Beschäftigungssicherung entlasten die Bundesagentur. Nach Berechnungen der IG Metall kostet der Tarifabschluss die Bundesagentur nur etwa die Hälfte der Ausgaben, die sonst für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit aufzubringen wären. Eine direkte Entlastung von Beitragszahlern und der Allgemeinheit.